

DIESE GRÜNEN!



„LEISTUNGSANPASSUNGEN“ BEI DEN WUPPERTALER BUSSEN

■ WIE KANN WUPPERTAL ZUKUNFTSFÄHIG GEMACHT WERDEN?



Foto: Mathias Kehren

Wuppertal verändert sich: wir werden weniger, bunter und älter. Diesem demografischen Wandel müssen wir uns stellen. In einem 2010 verabschiedeten Handlungsprogramm hat sich der Rat der Stadt Wuppertal verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die Wuppertal attraktiv und zukunftsfähig machen. Dazu gehört für uns GRÜNE auch ein Angebot an Bussen und Bahnen, das für alle Bürgerinnen und Bürger gut nutzbar ist. Jetzt planen die Stadtwerke sogenannte Angebotsanpassungen, die dazu führen, dass einige Linien ausgedünnt werden,

einzelne Fahrten gestrichen werden und in Vohwinkel statt ein 20-Minuten-Takt zukünftig ein 30-Minuten-Takt zum Standard wird. Außerdem wird das Angebot der schnellen CE (City Express)-Linien gekappt (die geplanten Änderungen können Sie auf der homepage der WSW nachlesen unter wsw-online.de/mobilitaet/Fahrplan2013).

Neue Mobilitätskonzepte müssen her
Für uns GRÜNE sind diese Einschnitte das falsche Signal. Mit Blick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung müssen mehr Menschen auf Bus und Bahn

umsteigen – dann rechnen sich auch die derzeit weniger genutzten Linien. Viele junge Menschen machen es bereits vor, für sie ist das Auto nicht mehr automatisch das Statussymbol zur Volljährigkeit. Sie nutzen je nach Bedarf verschiedene Verkehrsmittel. Dieser Trend kann sich fortsetzen. Zusätzlich wird ab 2013 im Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) das Sozialticket eingeführt, endlich auch in Wuppertal. Das führt zu mehr Fahrgästen und pünktlich zum Frühjahr 2013 werden dann die umstrittenen Kürzungen umgesetzt.

Reaktionen in den Bezirken

In den Bezirksvertretungen wurden einige Maßnahmen heftig kritisiert, wie zum Beispiel in Vohwinkel, andere Bezirke bemängelten die fehlenden Details, um sachgerecht entscheiden zu können.

Für die große Kooperation aus CDU und SPD war aber klar, dass diese Kürzungen schnell durch die Gremien müssen, damit auch schnell wieder Ruhe einkehrt. So wurde von der ersten öffentlichen Präsentation am 27. August bis zum Beschluss am 17. September ein echter Sitzungsmarathon hingelegt. Eine intensive Beratung war da allerdings nicht möglich. Bislang haben die Stadtwerke auch nur ein Gerüst für die Veränderungen vorgelegt, die Planungen, welche Fahrten konkret gestrichen oder geändert werden, gibt es wohl erst im Februar 2013. Bis dahin werden auch 30 Busfahrer und Busfahrerinnen weniger für die Stadtwerke tätig sein, denn dieser Personalabbau ist Grundlage für die geplanten 2 Millionen Euro, die die WSW einsparen wollen. Geplante Einnahmeverluste von 500.000 Euro müssen davon noch abgezogen werden, denn auch den Stadtwerken ist klar, dass bei der Angebotsreduzierung Fahrgäste abwandern.

Wie geht es weiter?

Genau dieser Trend macht uns Sorge, denn wenn Verbindungen zur Arbeit, Schule oder in der Freizeit nicht mehr klappen und keine gleichwertigen Alternativen da sind, dann sind wir in einer Abwärtsspirale und die dann schlechteren Angebote werden auch wieder gestrichen. Im Jahr 2014 beginnen die Diskussionen über einen neuen Nahverkehrsplan – dann zeigt sich, ob die jetzigen Veränderungen nur der Anfang waren.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser, schön, dass Sie wieder Interesse an GRÜNEN Themen haben.

Wir verneigen uns jeglichen Kommentar über die desolante Situation der CDU, versprechen Ihnen jedoch, dass wir Vergünstigungen für Stadtverordnete auf den Prüfstand stellen, streng bewerten und gegebenenfalls abschaffen werden. Wir lehnen jegliche VIP-Gold-Karten oder ähnliches ab und haben wie Sie selbst erst über die Medien von deren Existenz erfahren. GRÜNE bezahlen ihre Eintrittskarten für Sportveranstaltungen selbst.

Weitere wichtige Themen: Wir zeigen Ihnen am Beispiel der Grundschule in der Markomannenstraße, dass Widerstand gegen Baumfällungen sich lohnen kann, nehmen Stellung zu den geplanten Kürzungen im ÖPNV-Angebot und vielen weiteren Themen in Wuppertal.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

Ihr Redaktionsteam

AUS POST-ABO WIRD EMAIL-ABO

Zeitung lesen und trotzdem Ressourcen schonen

Das haben wir uns vorgenommen und wandeln deshalb unseren postalischen Versand in einen Email-Versand um, den postalischen Versand stellen wir ab Anfang nächsten Jahres ein.

Wir bitten alle Abonentinnen und Abonnenten um Email an fraktion@gruene-wuppertal.de, damit Sie auch weiterhin, zukünftig jedoch per Email, DIESE GRÜNEN nach Hause bekommen.



SECHSTE GESAMTSCHULE

■ DIE SCHULPOLITISCHE ZEITSCHLEIFE

Wer schulpolitisch interessiert ist fühlt sich gelegentlich in einer Zeitschleife gefangen: immer wieder werden Studien veröffentlicht, die belegen, dass das in Deutschland gültige mehrgliedrige Schulsystem ineffektiv und unfair ist.

Dann erhebt sich für einige Zeit eine intensive Debatte, an deren Ende meistens genau diese Kritik am geltenden System festgehalten und mehr individuelle Förderung sowie längeres gemeinsames Lernen gefordert wird. Und dann passiert solange nichts, bis die nächste Studie wieder Aufmerksamkeit erzeugt. So auch im September wieder, als die OECD in einem vielbeachteten Bildungsbericht dem deutschen Schulsystem erneut attestierte, dass die Abhängigkeit vom

Elternhaus in Deutschland die Bildungschancen vieler Kinder von vornherein beeinträchtigt. Und mehr noch: In Deutschland erreichen 22 Prozent der jungen Menschen nicht das Bildungsniveau ihrer Eltern. Umgekehrt schafft nur jeder Fünfte einen höheren Abschluss, als ihn Vater oder Mutter besitzen. Es ist also dringend an der Zeit, weniger von Chancengleichheit zu reden und mehr zu tun, damit Kinder sich ihren Begabungen entsprechend entwickeln können.

In unserer Stadt wurde nach langer Diskussion der Beschluss gefasst, eine sechste Gesamtschule im Wuppertaler Norden zu errichten. Die GRÜNEN haben dieses Vorhaben aus vielerlei Gründen kritisiert, nicht etwa, weil sie sich mittlerweile von der Schulform Gesamtschule abgewandt hätten, son-

dern weil der ausgewählte Standort an zwei heutigen Hauptschulstandorten in Uellendahl und Katernberg einerseits aus schulorganisatorischen Gründen nicht optimal erscheint und andererseits die Lage dieser Schule nicht der tatsächlichen Nachfrage im Stadtgebiet entspricht. Gleichwohl wurde diesem Vorschlag zugestimmt, da die Zahl von rund 500 Kindern, die jedes Jahr an Gesamtschulen im Tal abgelehnt werden, ein zeitnahes Handeln erforderlich machten. Nun wurde in der Ratssitzung im September der endgültige Beschluss zur Durchführung dieser Maßnahme getroffen. Für die GRÜNEN geht es jetzt darum, die Schulgründung konstruktiv zu begleiten und Alles dafür zu tun, um die neue Gesamtschule Nord zu einer Erfolgsgeschichte werden zu lassen.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Döppersberg: jetzt geht es an den Bahnhof

Seite 2
Anonyme Bewerbungen

Seite 3
Gastkommentar: Profitverwertung um jeden Preis? Helios will 160 Stellen abbauen

Seite 4
Rechtsextremismus

Seite 4
Elektromobilität in Wuppertal

DER NEUE DÖPPERSBERG

■ JETZT GEHT ES AN DEN BAHNHOF



Foto: Mathias Kehren

Nachdem die Grube für das Parkhaus unter dem neuen Busbahnhof fast fertig ist, geht es jetzt an den Kern des Projekts Döppersberg, an das alte Bahnhofsgebäude.

Ende Oktober wird die Straße Döppersberg gesperrt und vor dem Inter-city-Hotel wird eine Stützwand gebaut. Der Vorbau vor dem alten Bahnhofsgebäude wird auch noch in diesem Herbst abgerissen und gibt dann wieder den Blick frei auf das imposante Bahnhofsgebäude.

Wegen der Insolvenz der Drogeriemarktkette Schlecker musste das im Vorbau befindliche Geschäft „Ihr Platz“ bereits für immer die Türen schließen. Das Reisezentrum der Deutschen Bahn bleibt noch einige Monate am alten Platz und wird dann voraussichtlich in Container westlich neben dem Bahnhofsgebäude umziehen.

Eine Baustellenwand wird den östlichen Teil des Bahnhofsgebäudes vom

westlichen trennen. Durch den ungeliebten Tunnel können die Menschen allerdings während der Bauphase weiter zu den Gleisen gelangen. Auf der Erdgeschossenebene wird rechts neben dem Burgerrestaurant ein Durchbruch von der Halle zu Gleis 1 geschaffen. Zur Versorgung für Reisende bleiben der Zeitschriftenladen und Bäcker vorläufig am alten Platz bestehen. Noch in diesem Monat wird außerdem das alte Trafohäuschen an Gleis 1 abgerissen. Die bevorstehenden Baumaßnahmen machen deutlich, dass es mit dem Döppersberg vorangeht.

Zeit und Kosten im Plan

Insgesamt liegen Kosten und Baufortschritt im Plan. Beim Abriss des Vorbaus am alten Bahnhofsgebäude liegt das Projekt sogar vor dem Plan.

Veränderungen zu den ursprünglichen Planungen hat es im Umfeld der alten Bundesbahndirektion gegeben. Die Stützwand zur B7 wurde aus organi-

satorischen Gründen um acht Meter nach Norden verlegt.

Der Wupperpark westlich des KöBo-Hauses wird dadurch sehr viel kleiner als vorgesehen und mehr zu einer Straßenbegleitfläche. Zum Glück wird der Wupperpark östlich der Schwebebahnhofstation wie geplant realisiert (barrierefrei).

Die Verwaltung macht sich schon intensiv Gedanken um die Gestaltung des neuen Bahnhofsvorplatzes. Die Fläche soll attraktiv gestaltet werden, damit viele Menschen dorthin gehen. Diskutiert werden zurzeit ein Springbrunnen, Märkte (zum Beispiel Weihnachtsmarkt) und die Aufstellung von wechselnden Kunstobjekten.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, können Sie dem Link folgen und Details der Planungen sehen: http://www.wuppertal.de/microsite/doeppersberg/medien/bindata/11_endgueltige_verkehrsfuehrung.pdf

CHANCE FÜR WUPPERTAL

■ PILOTPROJEKTE FÜR ANONYMISIERTE BEWERBUNGEN

Selten genug wird ein GRÜNER Antrag positiv aufgenommen, bei diesem war es der Fall. Wir beantragten, dass Wuppertal mindestens drei Pilotprojekte für anonymisierte Bewerbungen auflegen soll. Wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe von DIESE GRÜNEN von unserer Initiative. Im April hatte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes anonymen Bewerbungen ein sehr positives Zeugnis ausgestellt. Demnach haben Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Menschen im Vergleich zu herkömmlichen Verfahren bessere Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Davon soll auch Wuppertal profitieren. Personalrat, Gleichstellungsstelle und Schwerbehindertenvertretung sprachen sich in Stellungnahmen für den GRÜNEN Antrag aus, so dass die Verwaltung sich jetzt auf die Suche nach geeigneten Pilotprojekten machen kann. Ein Vorbild kann die Stadt Celle sein, denn dort werden anonymisierte

Bewerbungsverfahren zur Vorauswahl genutzt, wenn die Zahl der Bewerberinnen größer ist als die Zahl derjenigen, die zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Auf der Homepage können entsprechende Formulare ausgefüllt werden, die jeweils auf die unterschiedlichen Stellenprofile angepasst werden.

Ein solches Formular besteht aus zwei Teilen: aus dem Formular für Kontaktdaten und dem Formular für die eigentliche Bewerbung, die über eine gemeinsame Kennziffer identifizierbar sind und erst in der zweiten Stufe der persönliche Vorstellung verwendet werden dürfen.

Mit dieser Methode ist der zusätzliche Personalaufwand sehr begrenzt, weshalb die Verwaltung „grünes Licht“ im wahrsten Sinne des Wortes gab. Wir halten Sie auf dem Laufenden, in welchen Bereichen die Pilotprojekte ausgewählt werden und wie sich die Umsetzung der anonymisierten Bewerbungen in Wuppertal gestaltet.



Foto: © Cornelia Menichelli, Pixelio.de

GASTKOMMENTAR: BERGISCH ENERGISCH JETZT AUCH IM LANDTAG

■ JUTTA VELTE AUS REMSCHEID, GRÜNE LANDTAGSABGEORDNETE FÜR DAS BERGISCHE LAND



Mein Name ist Jutta Velte, ich stamme aus Remscheid und ich vertrete die GRÜNEN seit Mai diesen Jahres im Landtag NRW. Ich habe also ein spannendes halbes Jahr hinter mir. Direkt nach der Wahl ging es mit den Koalitionsverhandlungen los. Da bleibt kaum Zeit für Orientierung. Da waren: Mein mobiles Büro, meine Mailbox auf dem Handy und meine Terminplanung nicht mehr zu halten. Am Ende stand ein – wie ich finde – sehr guter, sehr ausgewogener Koalitionsvertrag, der die Arbeit der nächsten Jahre in und für NRW beschreibt – in Fragen der Integration, der Bildung, der Kommunalfinanzien und natürlich des Klimaschutzes und der Energiewende.



Mein Selbstverständnis

Ich bin eine Bergische. In Radevormwald aufgewachsen, in Remscheid über 30 Jahren aktiv, in der Agenda 21, in den Schulen meiner Kinder und seit meinem Einstieg in die Kommunalpolitik 2002 als Fraktionsgeschäftsführerin der Remscheider GRÜNEN und dort auch Mitglied des Rates. Man kann sagen: das Bergische liegt mir am Herzen.

Das ist auch gut so, denn als erstes ist mir klar geworden: Wenn das Bergische Land im Konzert der Regionen mitspielen will – und natürlich unbedingt sollte – dann braucht es jede starke Stimme. Und es braucht Einigkeit. Es ist richtig, die Zusammenarbeit der drei Bergischen Großstädte und darüber hinaus zu fördern. Es ist sogar unabdingbar. Denn das Bergische Land mit seiner gesellschaftlichen und

kulturellen Vielfalt, seiner innovativen mittelständischen Wirtschaft, seinen eigensinnigen Menschen und seiner schönen Natur hat ein großes Potenzial. Wenn es richtig genutzt wird. So könnte die Energiewende durchaus zu einem Entwicklungsmotor für uns werden.

Einigkeit bei aller Unterschiedlichkeit über Stadtgrenzen hinweg ist seit Jahren ein wichtiges Thema für die Bergischen GRÜNEN. Wir treffen einander in der Bergischen Fraktion und wir kämpfen im AK „Bergisch Energisch“ für eine 100% Erneuerbare Energie-region. Die Arbeit in diesen Bezügen werde ich aus Überzeugung aufrecht erhalten.

Die Aufgabe

Mit meinen Ausschüssen „Integration“, „Kinder, Jugend, Familie“ und „Kommunales“ bin ich gut aufgestellt, wenn es darum geht, auch die Interessen des Bergischen Landes zu vertreten. Es gilt weiterhin für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu kämpfen. Der Stärkungspakt ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Erstmals seit mehr als 15 Jahren

gibt es Licht am Ende des Tunnels. Mit den Zuschüssen des Landes bekommen die Kommunen die eigene Handlungsfähigkeit zurück. Sie können wieder ausbilden, sie können wieder investieren, und sie sehen eine Möglichkeit aus der Schuldenfalle herauszuschlüpfen.

Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger, das ist gut für das Miteinander in der Stadtgesellschaft. Dennoch ist es fragil. Der nächste Schritt muss folgen: Eine Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Arbeitslosigkeit und bei der Eingliederung. Das ist Bundessache, aber für unsere Städte außerordentlich wichtig, wenn es darum geht, aus der ständigen Verschuldung auszubrechen und die Grundlagen für ein funktionierendes Gemeinwesen aufzubauen. Dafür müssen wir gemeinsam kämpfen. Gemeinwesen entscheidet sich vor Ort in den Kommunen. Nur wenn es gelingt Teilhabe zu ermöglichen, z.B. bei der Bildung und Ausbildung junger Menschen, bei der Mobilität, beim Zugang zu Kultureinrichtungen und Medien, in politischen Prozessen oder auch bei der Integration, wird

sich eine Stadtgesellschaft positiv und erfolgreich entwickeln können. Dazu braucht es eine aufgabengerechte Finanzierung der Kommunen und das Engagement, die Streitbarkeit und den Ideenreichtum aller. Letzteres ist gute Tradition im Bergischen, wenn ich an die zahlreichen Initiativen, an die vielen Vereine denke. Wenn ich etwas dazu beitragen kann, bin ich gerne dabei. Ich freue mich auf Ihre Initiativen und Ideen. **Ihre Jutta Velte**

PS. Mittlerweile habe ich ein Büro im Landtag und in Remscheid und werde von Anna Dannert, Susanne Fingscheidt und David Schichel (Büro Remscheid) unterstützt.

Kontaktdaten:

Jutta.velte@landtag.nrw.de
Büro Remscheid:
David.schichel@landtag.nrw.de
T 02191 8909661
F 02191 8909662
Büro Düsseldorf
Susanne.fingscheidt@landtag.nrw.de
Anna.dannert@landtag.nrw.de
T 0211 884 2869
F 0211 884 3508

GASTKOMMENTAR: PROFITVERWERTUNG UM JEDEN PREIS?

■ HELIOS WILL 160 STELLEN ABBAUEN

von Daniel Kolle, stellv. Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di Wuppertal

„Das Unternehmen will 160 Stellen bis März 2013 betriebsbedingt beenden“. Ein Satz, der für sich betrachtet in der heutigen Zeit nicht mehr geeignet ist, einen Sturm der Entrüstung und der Wut zu entfachen. Man soll bekanntlich die Frösche nicht fragen, wenn man ihren Teich austrocknet. Daher verwundert es auch nicht, dass erst der Aufsichtsrat und später die Belegschaft der Dienstleistungen für Krankenhäuser GmbH (DLK), eine hundertprozentige Tochter der Helios Kliniken GmbH, wenig informativ darüber informiert wurden, dass man beschlossen habe, den Bereich „Versorgung und Logistik“ an Fremdfirmen zu vergeben, nachdem Ausschreibungen gezeigt haben, dass eine Fremdvergabe weniger Kosten verursachen würde.

Das Verfahren scheint sogar ein Normalmaß an Objektivität und Menschlichkeit zu sichern, wird doch dargestellt, dass man in Verhandlungen mit dem Betriebsrat über sozialverträgliche Lösungen sei und die neuen Dienstleister das Personal übernehmen würden. Sogar Tarifverträge kämen da zur Anwendung. Ja, man hätte fast das Bild des barmherzigen Samariters vor Augen haben können, wenn man der Geschäftsführung lesend und hörend Glauben schenken wollte.



Im Kontext wird aber klar, dass dieser Rationalisierungsakt weder mildtätig, noch barmherzig und schon gar nicht notwendig ist. Auf den ersten Blick ist der Bedarf an einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation nicht ersichtlich. DLK schreibt stabil schwarze Zahlen, der Bereich der Sterilisation wird immer profitabler ausgebaut. Helios selbst ist, und die wirtschaftlichen Hausaufgaben hat der Konzern mit Bravour erledigt, erfolgreicher denn je. 2,664 Milliarden Euro Umsatz wies die Konzernbilanz der Helios im Jahr 2011 aus. Ein Anstieg um 5,7% im Vergleich zum Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2011 wurde an den Anteilseigner Fresenius ein mittlerer zweistelliger Millionenbe-



Foto: Mathias Kehren

trag ausgeschüttet, die Bilanzen weisen ordentliche Rücklagen auf und die Expansionsstrategie wird ausgeweitet. Dem gegenüber stehen nun 300.000 - 400.000 Euro Einsparpotenzial, durch das beabsichtigte Outsourcing der Logistik- und Versorgungsdienstleistungen. Quasi Mücken im Vergleich. Einsparpotenziale hätte auch der Haustarifvertrag gehabt, den ver.di mit DLK bis Ende 2010 verhandelt hat. Verblüffenderweise sogar einen ähnlich hohen wie der Beitrag, der jetzt gefordert ist. Unsere Forderung war damals eine dreijährige Beschäftigungsgarantie. Daran ließ die DLK-Geschäftsführung oder besser Helios die Verhandlungen scheitern. Heute möchte man

wieder verhandeln. Wieder geht es um Einsparpotenziale durch einen Haustarifvertrag. Doch diesmal, so glaubt man, stehe der Preis bereits fest, wenn auf 160 Kündigungen im Gegenzug verzichtet werden würde. 160 Arbeitsplätze bedeuten 160 menschliche Schicksale, vielleicht 160 Familien, die vom Einkommen aus diesen Arbeitsplätzen angewiesen sind. 160 Stellen für 300.000 Euro Einsparungen, also 1875 Euro Ersparnis pro Arbeitsplatz. Die Dienstleistung ist bei den Fremdfirmen aber die gleiche. Dreimal darf man also raten, wo sich der monetäre Unterschied finden lässt. Ich würde den gewagten Tipp abgeben, dass es die Vergütungsstrukturen bei den Fremdfirmen sein dürften. Und da die selbst auch noch Gewinn machen wollen, wird aus den 1875 Euro Differenz pro Jahr und Arbeitsplatz ganz schnell mehr. Es dauert also nicht lange, herauszufinden, wer in diesem Spiel Gewinner und wer Verlierer ist. Ver.di hat die Verantwortlichen klar benannt und wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte, von den Verbänden bis zur Politik, auf, diese Pläne mit uns zu stoppen. Und man muss dabei bleiben zu fragen, welchen Umgang ein Krankenhauskonzern gegen Menschen an den Tag legt, der ein solches Profitverwertungsinteresse deutlich werden lässt, und dabei rede ich ausnahmsweise mal nicht von den Beschäftigten.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr, Bettina Brücher, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Martin Möller, Hermann Ott, Marc Schulz, Paul Yves Ramette

Gastkommentare:
Daniel Kolle, stellv. Geschäftsführer von ver.di Wuppertal
Jutta Velte, GRÜNE Landtagsabgeordnete für das Bergische Land

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e, 42117 Wuppertal

Auflage: 30.000
Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; AStA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Spunk, Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!

MIT GRÜNEN UNTERWEGS



Foto: Mathias Kehren

Wanderung im Bereich Oberbarmen und Wichlinghausen im Rahmen der Marketingveranstaltung „24 Stunden Live“

Erst vor wenigen Wochen erreichte die Stadtverwaltung die Nachricht, dass die Landesmittel für einen Großteil der Projekte im Rahmen „Soziale Stadt Oberbarmen Wichlinghausen“ freigegeben wurden.

Einige Projekte mussten allerdings auch gestrichen werden, da die Gelder nicht in der ursprünglich beantragten Höhe fließen. Die GRÜNE Ratsfraktion nahm dies zum Anlass, sich das Gebiet der „Sozialen Stadt“ gemeinsam mit der zuständigen Bezirksvertreterin und interessierten BürgerInnen einmal anzuschauen. Unsere zweistündige Wanderung begann am Wupperfelder Markt und führte über die Berliner Straße, Wichlinghauser Straße,

Handelstraße und den Görlitzer Platz zur Breslauer Straße und zum Wichlinghauser Bahnhof. Nach einer Besichtigung der überregional bekannten Skaterhalle „Wicked Woods“ ging es weiter über die Langobardenstraße und die Schwarzbach bis zur Trepfenverbindung zwischen Normannenstraße und Langobardenstraße. Hier endete die Wanderung.

Ein langer Weg

Auf dem Weg wurde klar, dass wir bei der Vielzahl der erkennbaren Probleme uns auf einen langen Zeitraum der Sanierung der beiden Stadtteile einstellen müssen. Augenfällig waren die vielen verwaisten Geschäftsräume, die nach einer Zwischennutzung förmlich rufen.

Hier hat die Stadt Wuppertal beim Städtebauförderprojekt Ostersbaum schon gute Erfahrung gemacht, darauf

kann man aufbauen. Der MigrantInnenanteil in den beiden Stadtteilen beträgt 46,8%. Das bedeutet, dass sie enger in den Sanierungsprozess eingebunden werden müssen. Das ist das zweite Fazit der Begehung. Der Erweiterung und dem Umbau des Begegnungszentrums islamischer Kultur- und Bildungsverein an der Wichlinghauserstraße kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.

Der zweite Versuch, mit diesem Projekt in eine Landesförderung zu kommen, muss seitens der Stadt Wuppertal stärker unterstützt werden, um einen zustimmungsfähigen Förderantrag zu bekommen. Der Kulturverein wirkt gerade in den von türkischen MitbewohnerInnen stark geprägten Stadtteil hinein und muss in seiner Arbeit gestärkt werden.

Mehr Plätze, mehr Grün

Eine weitere Erkenntnis der Wanderung durch die beiden Stadtteile war die sehr enge Bebauung. Beide Stadtteile könnten einige Auflockerungen vertragen – sei es in Form von kleinen Grünanlagen oder Flächen, die als AnwohnerInnenparkplätze genutzt werden könnten. Dabei hat sich wieder einmal gezeigt, dass interessierte BürgerInnen viel über ihren Stadtteil erzählen können und ihre Anregungen durchaus in den weiteren Prozess des Projektes Soziale Stadt einzubringen sind, dafür sind wir sehr dankbar. Es heißt aber auch noch viel Lobbyarbeit im Landtag zu machen, um die Projektzeiträume zu verlängern.

Wir werden die Wanderung auch im Jahr 2013 durchführen, um auch weiterhin mit den AnwohnerInnen über die Umgestaltungsschritte im Austausch zu bleiben.

GRÜNE VOR ORT

Was braucht der Dönberg, Tennis oder Wohnbebauung?

Die Stadtverwaltung möchte zulassen, dass ein Bauträger oder Einzel-Bauherrn auf dem Gelände des Tennisclubs TC Dönberg zehn freistehende Ein- und Zweifamilienhäuser errichten. Als die Beschlussvorlage in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg besprochen wurde, waren sich alle Mitglieder einig: bevor darüber abgestimmt wird, wollen wir uns selbst ein genaues Bild von der Situation machen. Die Entscheidung wurde also um eine Runde geschoben und auch die anderen Gremien waren bereit, erst im November zu beraten.

Die GRÜNEN verabredeten sich mit Herrn Peddinghaus, dem Vorsitzenden des TC Dönberg, und schauten sich vor Ort um. Die Tennisanlage und die Räumlichkeiten des Clubhauses, die der TC seit Jahren pachtet, sind sehr gepflegt. Die Tennishalle, die der Besitzer des Grundstücks stundenweise

vermietet, ist allerdings marode, dort wurde seit langem nicht mehr investiert und das sieht man schon von weitem. Bei Regen ist sie zum Beispiel nicht nutzbar, weil das Dach undicht ist und der Fußboden wurde seit zehn Jahren nicht erneuert.

Chance für die Jugendlichen

Dennoch lieben die Clubmitglieder und vor allem die Jugendmannschaft den Tennisplatz. Es gib ja sonst nichts hier am Dönberg. Wenn die Wohnbebauung beschlossen wird, wären davon 150 Mitglieder des Clubs, darunter viele jugendliche Sportlerinnen und Sportler, betroffen.

Die meisten Mitglieder kommen vom Dönberg, der Club ist also im „Kiez“ fest verankert. Zehn neue Wohnhäuser werten den Dönberg nicht auf, der Verlust des Tennisplatzes würde ihn aber abwerten. Die GRÜNEN haben sich nach dem Ortstermin entschieden: wir stimmen für den Erhalt der Tennisanlage.



ELEKTROMOBILITÄT IN WUPPERTAL

■ DYNAMISCHER PROZESS ODER WER STEHT AUF DER LEITUNG?

In Zeiten steigender Benzinpreise, hoher Luft- und Lärmbelastungen und notwendigem Klimaschutz bewegt sich das Thema Elektromobilität immer mehr in den Fokus der Verkehrspolitik. Dabei gehört die Elektromobilität seit jeher zum Alltag all derjenigen, die mit Schwebbahn, Eisenbahn oder O-Bus unterwegs sind. Doch aktuell wird Elektromobilität hauptsächlich mit E-Autos gleichgesetzt und ein starkes Wachstum dieses Segmentes gesehen. Auch die Zahl der Pedelecs und E-Bikes im Radverkehr steigt stetig.

Mit seinem Projekt „W-EMOBIL 100“ hat der Verein wuppertal aktiv bis zu diesem Herbst mit 100 zugelassenen E-Mobilen Wuppertal zur Hauptstadt der Elektromobilität gemacht. Eine gute Initiative, die dazu anregt, mitzumachen statt Reden zu schwingen.

Im Ausschuss für Umwelt wurde das Thema Elektromobilität kontrovers diskutiert. Die Stadtverwaltung bewertet den Ausbau der E-Mobilität zurückhaltend. Sie ist vom Sinn des verstärkten Einsatzes von E-Autos nicht so recht überzeugt. In einer Stellungnahme stellte sie die ökologischen Aspekte

heraus und verwies zu Recht auf den zusätzlichen Strombedarf, den die Elektromobilität auslöst. Dieser Bedarf muss durch zusätzlich erzeugten Strom aus regenerativen Quellen zur Verfügung gestellt werden, nur dann kann ein E-Mobil ein Null-Emissionsfahrzeug sein.

Dagegen sind die Wuppertaler Stadtwerke mit ihrem Konzept zu E-Mobilität schon weitaus aktiver und versprechen mehr Ladestationen und Förderung bei der Anschaffung von E-Fahrzeugen.

Eine zukunftsfähige Mobilität ist grün. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Elektromobilität Teil einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie, die für Wuppertal dringend erstellt werden muss. Schwerpunkt GRÜNER Verkehrspolitik ist ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr und eine gut ausgebaute Rad- und Fußgängerinfrastruktur.

Die Kombination unterschiedlicher Verkehrsmittel wie Bus, Bahn, Auto, E-Mobil, Carsharing und Rad ist ein Rezept für eine effiziente und umweltschonende Mobilität.



RECHTSEXTREMISMUS

■ WUPPERTAL BLEIBT BUNT, WELTOFFEN UND TOLERANT



Foto: Mathias Kehren

In wahrlich sehr unangenehmer Regelmäßigkeit ist Wuppertal mittlerweile der Ort von Demonstrationen und Umzügen der verschiedensten Teile der rechtsextremen Bewegung. Wir müssen hier nicht die einzelnen Nazi-Demos der letzten zwei Jahre einzeln aufzählen, jedoch bleibt das deutliche Gefühl, dass deren Frequenz leider zunimmt. Dies alles findet in Wuppertal statt, das bisher stolz auf seine Vielfaltigkeit, Internationalität und Toleranz sein konnte und kann. Die Polizei schätzt die in Wuppertal aktive Zahl der rechtsextremen Szene auf mittlerweile 60 Menschen, die größtenteils äußerlich nur noch an Details an der Kleidung zu erkennen sind. Ende August musste der Vohwinkler Lienhardt-Platz die Kulisse für ein Treffen von ca. 90 RechtsextremistInnen aus mehreren Städten NRW's bieten, begleitet von ca. 200 GegendemonstrantInnen und etwa der gleichen Anzahl von PolizistInnen. Am 15.09. fühlte sich die NPD befähigt, einen „Infostand“ vor der Stadtparkasse am Wichlinghauser Markt durchzuführen. Auch hier wurden die Rechten von einer großen Zahl Gegendemon-

strantInnen während der gesamten Zeit ihrer Aktion betreut.

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Grundsätzlich positiv fiel auf, dass neben den auf solchen Gegendemonstrationen regelmäßig teilnehmenden VertreterInnen der SPD, LINKEN und GRÜNEN hier erstmalig CDU-Mitglieder offen erkennbar waren. Auch wenn der mitgebrachte CDU-Plakatslogan „gegen Rechts- und Linksextremismus“ sich deutlich nicht an der Realität in Deutschland und Wuppertal orientiert und eher ein indifferentes „sowohl als auch“ ausdrücken sollte. Wir sind uns einig: Ignorieren hilft hier nicht! Alle DemokratInnen müssen standhaft bleiben und den Rechtsextremisten weiterhin in großer Zahl zeigen: Sie sind in Wuppertal nicht willkommen! Die Initiative für Demokratie und Toleranz e.V., die Volkshochschule, der Jugendring Wuppertal und viele weitere Träger und Vereine sind aktiv für ein tolerantes und friedliches Wuppertal. Jedoch gibt es auch dunklere Zeichen im Tal.

Pläne an der Gathe

Die Pläne einer moslemischen Gemeinde, die seit Jahren bestehende Brachfläche an der Gathe zu einem islamischen Zentrum mit Moschee zu entwickeln, ließen das WZ-Internet LeserInnenforum in einer Flut von Kommentaren – angsterfüllt bis hasserfüllt – anschwellen.

An dieser Stelle droht eine viel größere Gefahr für ein friedliches Miteinander, da bei Moscheebaukonflikten nicht die extremen Ränder der Gesellschaft, sondern die demokratischen Defizite in der Mitte der Gesellschaft den Rechtsruck beschleunigen können. Religiös verpackter Kulturrassismus und Anti-EU-Protest von Rechtsaußen erreichen oft starke Wirkung bis in die Mitte der Gesellschaft, weil sie reale Probleme aufgreifen und mit simplen Feindbild-Projektionen politisch besetzen.

Im bekannten Agitationsstrickmuster hat die rechtsextreme „pro“-Bewegung schon für Ende Oktober eine Demonstration an der Gathe angemeldet. Übrigens ist die Kundgebung auf das Datum des islamischen Opferfestes terminiert; sicherlich kein Zufall!

DIE STROMPREISLÜGE DER BUNDESREGIERUNG

Milliardengewinne bei den Stromkonzernen – aber die Schuld an steigenden Preisen sollen die Erneuerbaren Energien haben?

Die Kampagne gegen die Erneuerbaren geht in die nächste Runde: VertreterInnen der Bundesregierung und verschiedener Industrieverbände haben in den letzten Wochen gezielt die Angst vor einer steigenden EEG-Umlage geschürt und den Ausbau der Erneuerbaren Energien insgesamt in Frage gestellt.

Wer treibt den Strompreis?

Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat eine Studie in Auftrag gegeben, die ganz andere Gründe für die steigenden Strompreise aufdeckt: Es sind vor allem die zunehmenden Ausnahmeregelungen für die Großindustrie bei der EEG-Umlage, Netzentgelten, Stromsteuer und Konzessionsabgaben, die aktuell den Strompreis für Privatverbraucher und kleine Gewerbe in die Höhe treiben.

Wenn immer weniger die Umlagen zahlen, wird es für die Allgemeinheit natürlich immer teurer: Privatverbraucher zahlen mittlerweile 9 Mrd. Euro mehr, die eigentlich die Industrie zu zahlen hätte. Denn die Bundesregie-

rung hat dem Lobbydruck immer weiter nachgegeben und immer mehr Industriebereiche von den Zahlungen ausgenommen. Übrigens auch in Wuppertal: Die taz hat unlängst eine interaktive Karte veröffentlicht, auf der zu erkennen ist, dass auch bei uns drei Firmen keine EEG-Abgabe zahlen (Erfurt & Sohn KG, Kalkwerke Oetelshofen und Toho Tenax).

Der wahre Strompreis sinkt!

Es ist unredlich und schändlich, die Erneuerbaren Energien für den Anstieg der Strompreise verantwortlich zu machen. Erstens würde bei einer korrekten Berechnung, die die sinkenden Börsenpreise und eine Umlage auf ALLE Verbraucher einbezieht, die Höhe der EEG-Umlage unter 2 statt wie bisher bei 3,59 Cent/kWh liegen. Und zweitens SINKEN gerade wegen der steigenden Einspeisung von Erneuerbaren Energien jetzt schon die Börsenpreise für Strom (u.a. durch den sog. Merit Order-Effekt).

Die Wahrheit ist: Im Jahr 2000 lag der Strompreis durchschnittlich bei knapp 14, heute bei über 26 Cent/kWh. Das ist fast eine Verdopplung, wozu die EEG-Umlage (eigentlich 2 Cent, s.o.) nur zu einem Bruchteil beiträgt. Par-

allel zu den Strompreiserhöhungen haben die Konzerne exorbitante Milliardengewinne eingefahren.

Atomkraft? Nein danke!

Mich wundert doch sehr, dass die Sympathiewerte von Angela Merkel immer noch so hoch sind, obwohl ihre Regierung auf keinem Feld Erfolge zu verzeichnen hat. Die Energiewende zum Beispiel wird weiter gebremst und ins Chaos geführt. Und eines der wirksamsten Mittel ist die Brandmarkung der Erneuerbaren als teuer!

Eins ist klar: Der Kampf um den Atomausstieg ist noch nicht zu Ende! Denn werden die Erneuerbaren nicht zügig ausgebaut, wird der Ruf nach einer vermeintlich „sicheren“ Stromversorgung wieder lauter. Darauf setzt der fossil-atomare Komplex aus Energiewirtschaft und Politik. Lasst uns deshalb weiter für eine neue Energie-Ära ohne Atom und Kohle kämpfen und jedes schwarz-gelbes Argument gegen den Ausbau der Erneuerbaren als das identifizieren, was es ist: Eine fette Lüge!

Dr. Hermann Ott, Mitglied des deutschen Bundestages aus dem Wuppertaler Wahlkreis; klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion

ANZEIGE

Mit DIR wird's
was:
Jetzt Mitglied werden!



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de
Friedrich-Ebert-Str. 76
Telefon: 0202 / 87811



Fahrrad selber kaufen

ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, bitte eine mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



ENERGIESPARTIPP DES MONATS

■ GLEICH ZWEI VORTEILE IN EINEM: BENZIN SPAREN + FIT BLEIBEN

Viele der täglichen Wege sind kürzer als drei Kilometer. Mit dem Fahrrad können Sie diese Wege oft schneller und natürlich gesünder und preiswerter zurücklegen. Für steile Strecken eignet sich ein E-Bike und bei den Kosten für Benzin, Diesel und Co. kann sich diese Investition schneller rechnen als Sie vielleicht zuerst glauben.

Denken Sie auch an Ihre Gesundheit und nutzen Sie kürzere Strecken, um fit zu bleiben. Der Spaziergang zum Bäcker ist auf jeden Fall gesünder als eine Tonne Blech für ein paar Brötchen zu bewegen.



Foto: © Lichtbild Austria, Pixelio.de

VORGESTELLT: BEHINDERT – NA UND? E.V. UND WUPPERTALER-KINDER.DE

■ – DAS PASST EINFACH ZUSAMMEN!

behindert-na und?

Mitte des Jahres hat der Verein Behindert – na und? e.V. die Wuppertaler Familien- und Kinderplattform wuppertaler-kinder.de übernommen. Beide waren sich einig – wuppertaler-kinder.de ist ein tolles Projekt, das wunderbar in das Konzept von Behindert – na und? e.V. passt.

Behindert – na und? e.V. unterstützt seit mehr als 25 Jahren behinderte oder chronisch kranke Menschen darin, selbstbestimmt zu leben. Er sieht seine Aufgaben darin, die Interessen von Menschen mit Behinderung zu vertreten. Dabei soll die Solidarität von Men-

schen mit und ohne Behinderungen gegen alle Formen ungerechtfertigter Bevormundung gefördert werden. Außerdem soll allen Menschen, die auf ständige individuelle Hilfe angewiesen sind, diese in ihrem Lebensbereich ermöglicht werden. Heute unterhält der Verein viele Angebote für Erwachsene und Kinder.

Der Grundstein für wuppertaler-kinder.de wurde 2004 gelegt. Seinerzeit war es schwierig, aktuelle Informationen heraus zu finden, wo es Angebote in Wuppertal gab, die sich an Familien mit Kindern, Vätern, Müttern oder Kinder alleine richteten. Und auch im Internet gab keine zentrale Anlaufstelle. Diese Erfahrung war dann ausschlaggebend für die Idee „Wuppertaler-Kinder.de“.

In den folgenden Jahren wurde eine Wuppertaler Familienplattform in privater Initiative aufgebaut, die alle notwendigen Informationen bereitstellt. Sie sollte unpolitisch sein, sie sollte offen für alle Familien und Familienformen sein, sie sollte niemanden ausgrenzen.

„Wir freuen uns, dass wuppertaler-kinder.de nun Teil von Behindert – na und? e.V. ist. Wir möchten, dass mit dieser schon heute von monatlich über 16.000 UserInnen genutzten Familienplattform Wuppertal dem riesigen Bedarf an sinnvoller und barrierefreier Freizeitgestaltung auch für Kinder mit Behinderung gerechter wird. Wir werden die Seite selbst barrierefrei gestalten und bei der Veröffentlichung von

Tipps und Terminen darauf achten, dass die Angebote auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden können, entweder durch Beratung oder durch aktive Unterstützung“, so der Vereinsvorstand.

Auch die Macher von wuppertaler-kinder.de sind von einer für beide Seiten erfolgreichen Zukunft überzeugt: „Mit Behindert – na und? e.V. haben wir einen kompetenten und hochkarä-

tigen Partner gefunden, der lokal die Interessen und Aktivitäten von Familien und Kindern mit und ohne Behinderung intensiv vertritt. Und selbstverständlich werden die aktuell über 500 Tipps und Termine für Wuppertaler Kinder und Familien weiterhin kostenfrei veröffentlicht und die ohnehin schon hohen Standards gehalten und zukünftig auch ausgebaut: Barrierefrei, User-freundlich und immer aktuell.“



ANWOHNERINNEN UND ANWOHNER RETTEN IHRE BÄUME

■ ALLE BÄUME AUF DEM SCHULHOF MARKOMANNENSTRASSE BLEIBEN STEHEN!

Erst als die Kettensägen im Juni angeworfen wurden und der erste Baum fiel, erfuhren die Anwohner und Anwohnerinnen der Grundschule Markomannenstraße von der geplanten Umgestaltung des Schulhofes. Das städtische Gebäudemanagement (GMW) hatte in Absprache mit der Schule die Pläne erstellt, nachdem finanzielle Mittel aus dem Stadterneuerungsprogramm des Landes NRW bewilligt wurden. Der Schönheitsfehler daran: Die Pläne wurden im Vorfeld nicht mit den AnwohnerInnen und der Bezirksvertretung Elberfeld abgesprochen.

Mit vereinten Kräften der AnwohnerInnen, die in kurzer Zeit mehr als 600 Unterschriften gegen die Fällungen sammelten, und dem Einsatz der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelang es, einen Ahorn und 5 stattliche Platanen zu retten.

Gespräche zwischen Schule, Bezirksvertretung, GMW und AnwohnerInnen wurden nachgeholt und die Bezirksvertretung Elberfeld beschloss den Erhalt der Bäume.



Foto: Mathias Kehren

Neue Pläne mit alten Bäumen

Das GMW legte Anfang September neue Pläne zur Umgestaltung des Schulhofes an der Markomannenstraße vor, die alle noch vorhandenen Bäume mit einbeziehen.

Die Schüler und Schülerinnen können sich jetzt auf einen neuen Schulhof freuen, der ihnen eine Menge Spiel- und Sportmöglichkeiten mit hoher Aufenthaltsqualität bieten wird, müssen dabei jedoch nicht auf die grünen

Riesen verzichten. Dass die Schulleitung mit dieser Entwicklung nicht ganz glücklich ist, bedauert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Doch gerade die alten, großen Bäume in städtischen Wohnquartieren haben eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität.

Sie binden Schadstoffe, reinigen die Luft, liefern Sauerstoff, verbessern das Klima, spenden Schatten, dienen als

Lärmschutz und bieten Lebensraum für viele Tiere. Daher müssen sie geschützt werden. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Abschaffung der Baumschutzsatzung 2006 gegen die Stimmen der GRÜNEN ein großer Fehler war.

Dieser Fall zeigt aber auch, dass eine zufriedenstellende Problemlösung möglich ist, wenn auf ein transparentes Verfahren mit BürgerInnenbeteiligung gesetzt wird.

TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ NRW

Mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in NRW

Mindestlöhne, Frauenförderung, ressourcen- und umweltschonende Produktion – in den Programmen fast aller Parteien sind diese politischen Forderungen fester Bestandteil. Bei der Frage, mit welchen Instrumenten diese Ziele erreicht werden sollen, ist dann allerdings meistens Schluss mit der Übereinstimmung. Über eine mögliche Selbstverpflichtung der Unternehmen gehen die Vorschläge insbesondere des schwarz-gelben Lagers nicht hinaus. Dabei gibt es mit der Vergabe öffentlicher Aufträge ein wirkungsvolles Mittel, um faire Löhne und nachhaltige Produktion durchzusetzen. Daher ist seit dem 01.05.2012 ein neues Tariftreue- und Vergabegesetz (TvgG NRW) in Nordrhein-Westfalen gültig, mit dem das Land Nordrhein-Westfalen seinem Vorbildcharakter gerecht wird und seine Verantwortung für ein gerechteres Wirtschaftsgeschehen ernst nimmt, in dem es sich für faire Löhne sowie ressourcen- und umweltschonende Produktionsweisen einsetzt. Darum wird die öffentliche Vergabe an die Einhaltung eines Mindestlohnes von 8,62 Euro gebunden.

Weniger Bürokratie – mehr Chancen

In der Praxis wird das neue Gesetz, anders als von einigen behauptet wird, keine neuen bürokratischen Hürden aufbauen. Mit dem sogenannten Präqualifizierungsverfahren können

Unternehmen die bei der Bewerbung um Aufträge geforderten Nachweise und Erklärungen im Vorhinein erbringen und brauchen sie nicht bei jeder Ausschreibung neu vorlegen. Dies entlastet die Unternehmen genauso wie die Behörden und stellt eine tatsächliche Verbesserung im Vergleich zu der heutigen Praxis dar, bei der viele Angebote schon im Vorfeld wegen fehlender Nachweise aus dem Verfahren gekickt werden. Den Behörden und vor allem den Kommunen sollen Beratungsangebote zur Verfügung gestellt werden, um sie bei einer zügigen Abwicklung zu unterstützen. Auch profitieren in erster Linie die mittelständischen Betriebe, die schon heute gerechte Löhne an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlen, dadurch aber bisher bei der Vergabe gegenüber anderen benachteiligt waren. Wie bei jedem großen politischen Vorhaben werden einige Auswirkungen erst bei der konkreten Anwendung zu erkennen sein, die es zu beheben gilt. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass das Tariftreue- und Vergabegesetz ein großer Schritt ist hin zu mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Vergabepaxis unseres Landes.



RATSCHRONIK JULI 2012

Pilotprojekt anonymisierte Bewerbungen

Schon im Oktober 2011 stellte die GRÜNE Ratsfraktion einen Antrag, dass die Stadt ein Pilotprojekt anonyme Bewerbungen auflegen solle. Er wurde damals von CDU und SPD mit dem Wunsch nach mehr Informationen auf die lange Bank geschoben. Im April 2012 wurde der Abschlussbericht des Pilotprojektes „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes veröffentlicht, der sehr positiv ausfiel. Demnach haben Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu herkömmlichen Verfahren bessere Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Die GRÜNE Fraktion hat deshalb ihren Antrag aus dem letzten Jahr aktualisiert und wieder zur Abstimmung gestellt. Ergebnis: der Antrag wurde um eine Gremienrunde geschoben, wie es weiterging lesen Sie in der Ratschronik September.

Bildung statt Betreuungsgeld

Der Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion, der sich gegen das von Bundesministerin Schröder vorgestellte Betreuungsgeld wendet, wurde im Rat am 02.07.2012 beschlossen. Damit tragen wir zum wachsenden Widerstand gegen diese Herdprämie bei. Wie wir fordern auch der Deutsche Städte- und die Gewerkschaft ver.di, kein Betreuungsgeld zu zahlen und stattdessen mehr Geld für die Kinderbetreuung auszugeben. Das ist auch der Kern des GRÜNEN Antrags, der sich als Resolution an die Bundesregierung richtet. Skurril war allerdings, dass sich die Wuppertaler CDU bei der Beschlussfassung aus Rücksicht auf die Bundes-CDU enthielt, welche aus Rücksicht auf die CSU das Thema gegen die große Mehrheit

innerhalb der Bevölkerung umsetzen will. Die Wuppertaler SPD enthielt sich aus Rücksicht gegenüber der lokalen CDU, mit der sie im Rat kooperiert. Wir freuen uns trotz aller Rücksichtnahme sehr, dass der Rat sich klar gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen hat.



Foto: Jörg Lange

Steuerung von Spielhallen und Wettbüros in Wuppertal

Der Rat der Stadt beschloss einstimmig ein Konzept, das die städtebauliche Steuerung von Spielhallen und Wettbüros ermöglicht. Dass etwas getan werden musste, war allen klar. Im letzten Jahr gab es in Wuppertal 84 Spielhallen an 66 Standorten mit 819 Geldspielgeräten. Eine bedenkliche Konzentration gibt es zum Beispiel an der Berliner Straße mit 13 Spielhallen. An diesem Beispiel lässt sich ersehen, dass mit der Expansion von Spielhallen oft eine Verdrängung des Einzelhandels und ein Imageverlust des Stadtviertels einhergehen. Mit dem neuen Konzept muss nun

zum Beispiel ein Mindestabstand zwischen den Spielhallen von 100 Metern eingehalten werden, in der Nähe von Schulen, Kindergärten und Schuldnerberatungsstellen wird die Ansiedlung solcher „Vergnügungsstätten“ untersagt. Schon im letzten Jahr hatten die GRÜNEN nach den Folgen von Spiel-

desprogramm Stadtbau West ermöglicht wurde, ohne im Vorfeld Anwohnerinnen, Anwohner und die Bezirksvertretung Elberfeld zu informieren.

Als erstes sollten alle wunderschönen alten Platanen und ein Bergahorn fallen. Doch die Anwohnerinnen und Anwohner wehrten sich, indem sie unter anderem mehr als 800 Unterschriften sammelten und erreichten einen Stopp der Fällarbeiten. Sie wollen die Umgestaltung des Schulhofes mit mehr und besseren Spielmöglichkeiten für die Kinder, allerdings mit allen Bäumen. Die Bezirksvertretung Elberfeld folgte mehrheitlich diesem Wunsch und beschloss am 04.07.12 auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass das GMW neue Pläne für die Umgestaltung des Schulhofes bei Erhalt aller Bäume vorlegen soll.

Frauenförderplan

Lange hat er auf sich warten lassen, der „Bericht zu den Grundsätzen zur Chancengleichheit für die Stadtverwaltung Wuppertal, Berichtszeitraum 2007 – 2010“, jetzt hat der Rat ihn einstimmig beschlossen. Anja Liebert, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, fasste in ihrer Rede die GRÜNE Bewertung zusammen: Wir bedauern, dass der Anteil von Frauen an besser bezahlten Positionen gesunken ist, begrüßen aber, dass ihr Anteil an Abteilungs- und Fachgebietsleitungen um 9% anstieg. Nach wie vor suchen sich junge Frauen und Männer auch bei der Stadt noch immer die klassischen Ausbildungsberufe aus, hier müssen andere Vorbilder her. Der Wunsch von Männern nach weniger und von Frauen nach mehr Arbeitsstunden wollen wir berücksichtigen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor allem bei der Feuerwehr

mit einem sehr niedrigen Frauenanteil wichtig. In den politisch besetzten Führungsgremien ist der Frauenanteil gleich Null, nicht eine Frau ist in Wuppertal Beigeordnete.

Bei den Aufsichtsräten der Stadt sieht es etwas besser aus, aber auch hier muss noch viel getan werden. Die Forderung der GRÜNEN Fraktion ist klar: die Politik muss für paritätisch mit Frauen und Männern besetzte Gremien sorgen. Die GRÜNEN machen es mit der 50prozentigen Besetzung aller Positionen mit Frauen vor.

Klimaschutz in der Grundstückswirtschaft

Im Gegensatz zu CDU und SPD will die GRÜNE Fraktion nicht nur Altbauten energetisch nachrüsten, sondern beantragte, schon beim Verkauf städtischer Grundstücke optimierte Klimaschutzmaßnahmen und den Einsatz von Erneuerbaren Energien beim Neubau von Gebäuden festzulegen. Die SPD lehnte den Antrag mit der Begründung ab, dass Klimaschutz sich hier als Verkaufshemmschuh erweisen würde, die CDU schloss sich dieser Auffassung an. In ihrer Rede wies unsere umweltpolitische Sprecherin Bettina Brücher anhand von Zitaten nach, dass die SPD sich vor 10 Jahren gemeinsam mit den GRÜNEN für ökologisches Bauen auf städtischen Grundstücken eingesetzt hatte. Schade, diese Wende ist keine Energiewende.

Weitere Neuigkeiten

Durch die Neuwahl des Landtags NRW wurden auch die Beiräte der Justizvollzugsanstalten Vohwinkel und Ronsdorf vom Rat der Stadt neu besetzt. In Vohwinkel wird Cornelia Krieger die GRÜNEN zukünftig fachkompetent vertreten und in Ronsdorf wird sich wie schon bisher Gerhard Schäfer im Beirat engagieren.

RATSCHRONIK SEPTEMBER

„Leistungsanpassung“ im ÖPNV-Angebot der WSW mobil GmbH

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die vorgeschlagenen Kürzungen im Rat abgelehnt, denn eine Ausdünnung des Busangebotes ist kontraproduktiv und nicht zeitgemäß. Bisher haben die WSW ein qualitativ hochwertiges Nahverkehrsangebot aufrecht erhalten, das Basis für einen zukünftigen weiteren Ausbau mit höheren Fahrgastzahlen sein sollte. In Zeiten hoher Benzinkosten, starken Lärm- und Luftbelastungen sowie großem Handlungsbedarf für die Erreichung der Klimaschutzziele, ist die jetzige Strategie der WSW mobil nicht nachvollziehbar.

Anfrage Baugenehmigung Fettenberger Weg

Die GRÜNEN zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Baus von drei Landarbeiterwohnungen am Fettenberger Weg. Landwirte sind laut Baugesetzbuch privilegiert und können Erweiterungen ihres landwirtschaftlichen Betriebes ausführen. Der Petitionsausschuss des Landes wurde damit befasst und kam zu dem Ergebnis, dass es nicht eindeutig sei, dass die errichteten Gebäude allein vom Betriebsleiter und von Landarbeitern als Wohnraum genutzt werden, was die Bedingung für eine Baugenehmigung ist. Wir fragten in der Ratssitzung die Verwaltung nach ihrer

Auffassung. Die sieht keine Handlungsnotwendigkeit und nutzt ihren Ermessensspielraum, alles bleibt wie es ist. Die Wohnungen können weiter teuer vermietet werden.

Bürgerantrag zum Asphaltmischwerk Uhlenbruch

Die GRÜNEN unterstützten den Bürgerantrag, der unter anderem eine öffentliche Veranstaltung für die AnwohnerInnen dieser stinkenden Anlage vorsieht. Wir haben bereits zwei Veranstaltungen dazu mit organisiert, Anträge und Anfragen gestellt und versucht, zwischen den AnwohnerInnen und der Verwaltung zu vermitteln. Umsonst, auch dieser Bürgerantrag wurde im Hauptausschuss von CDU, SPD und FDP mehrheitlich abgelehnt.

Zukunftsfähiges Mobilitätskonzept für Wuppertal

In einem Antrag fordern die GRÜNEN die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes, das dem Bedarf einer der Nachhaltigkeit und dem Klimaschutz verpflichteten Großstadt entspricht und dafür sorgt, dass mehr Wuppertalerinnen und Wuppertaler auf Bus und Bahn, Rad oder E-Mobil umsteigen. Darüber hinaus fragten wir die Verwaltung in einer Anfrage, auf welcher Datengrundlage die WSW von rückläufigen Fahrgastzahlen ausgehen und wie hoch die Kosten für den motori-



Foto: Jörg Lange

sierten Individualverkehr im Vergleich zu den Kosten des ÖPNV sind. Der Antrag wurde erst einmal auf eine der nächsten Verkehrsausschuss-Sitzungen geschoben und ist damit hoffentlich noch nicht vom Tisch.

Livestream-Übertragung der Ratssitzungen im Internet

Auf Initiative der GRÜNEN beteiligten sich auch FDP und LINKE an einem Antrag, der Livestream-Übertragungen von Ratssitzungen im Internet

ermöglicht. Leider wurde der Antrag auf die nächste Sitzungsrunde verschoben, wir hoffen aber sehr, dass er dann eine Mehrheit für mehr Transparenz und BürgerInnennähe im Rat findet.

Pilotprojekt anonymisierte Bewerbungen

Selten genug wird ein GRÜNER Antrag positiv aufgenommen, bei diesem war es der Fall. Wir beantragten, dass auch Wuppertal mindestens drei Pilotprojekte für anonymisierte Bewerbungen auflegen soll. Im April hatte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes anonymen Bewerbungen ein sehr positives Zeugnis ausgestellt. Demnach haben Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu herkömmlichen Verfahren bessere Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Davon sollte auch Wuppertal profitieren. Personalrat, Gleichstellungsstelle und Schwerbehindertenvertretung sprachen sich in Stellungnahmen für den GRÜNEN Antrag aus, so dass die Verwaltung sich jetzt auf die Suche nach geeigneten Pilotprojekten machen kann.

Alle GRÜNEN Initiativen wie Anträge und Anfragen, aber auch Pressemitteilungen und Ratsreden können Sie auf unserer Homepage lesen: www.gruene-wuppertal.de